

Freiberuflichkeit in der Weiterbildung erhalten und sozial gestalten: Qualität - Vielfalt - Rechtssicherheit

Gemeinsames Positionspapier
des Verbandes der Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz e.V.
und der Kommunalen Spitzenverbände Rheinland-Pfalz

Mainz, 18.12.2025

1. Ausgangslage

Die Weiterbildung in Rheinland-Pfalz wird wesentlich durch das Engagement hochqualifizierter freiberuflicher Lehrkräfte (Kursleitungen) getragen. Sie sichern mit ihrem Wissen, ihrer pädagogischen Kreativität und ihrer Flexibilität das breite Bildungsangebot der Volkshochschulen und zahlreicher weiterer Träger – von der Grundbildung und Sprachförderung über berufliche Weiterbildung bis hin zu kultureller und politischer Bildung.

Diese Struktur hat sich über Jahrzehnte bewährt: Freiberufliche Lehrkräfte gewährleisten Vielfalt, Qualität und Anpassungsfähigkeit an gesellschaftliche, technologische und wirtschaftliche Entwicklungen.

In konkreten Zahlen heißt das für die Volkshochschulen in Rheinland-Pfalz (2024):

9.479 Kursleitungen führten insgesamt 23.281 Veranstaltungen mit 642.948 Unterrichtsstunden durch. Somit entfallen auf eine freiberufliche Lehrkraft im Durchschnitt 2,45 Veranstaltungen mit 27,62 Unterrichtsstunden. Bereits jetzt sind an den Volkshochschulen einige Kursleitungen fest angestellt. Das verbleibende Unterrichts- und Veranstaltungsvolumen für freiberufliche Lehrkräfte ist damit noch geringer als oben dargestellt. Daher ist es weder sinnvoll noch realistisch, für dieses Volumen zusätzliche Lehrkräfte fest anzustellen.

Mit zunehmender Sorge beobachten wir daher, dass die Deutsche Rentenversicherung (DRV) durch eine restriktive Auslegung des Begriffs der „Scheinselbstständigkeit“ (§ 7 SGB IV) die Freiberuflichkeit in der Weiterbildung faktisch infrage stellt. Diese Praxis gefährdet die Funktionsfähigkeit der gesamten Weiterbildungslandschaft – insbesondere in den kommunalen Einrichtungen.

2. Bedeutung der freiberuflichen Lehrtätigkeit

Freiberufliche Lehrkräfte sind tragende Säulen des Weiterbildungssystems. Sie verbinden fachliche Expertise mit pädagogischer Verantwortung und gesellschaftlichem Engagement. Ihre Tätigkeit zeichnet sich durch folgende Merkmale aus:

- **Freiheit der Lehre und Vielfalt der Bildung:** Freiberufliche Lehrkräfte gestalten ihre Unterrichtsinhalte, Methoden und Materialien eigenverantwortlich und tragen so zu einer pluralistischen Bildungslandschaft bei.
- **Flexibilität und Bedarfsorientierung:** Weiterbildung ist dynamisch. Freiberufliche Lehrkräfte ermöglichen kurzfristige, thematisch aktuelle und praxisnahe Angebote – von Künstlicher Intelligenz bis Nachhaltigkeit.
- **Qualität und Wirtschaftlichkeit:** Durch projekt- und anlassbezogene Zusammenarbeit können Bildungsträger effizient mit begrenzten Mitteln hochwertige Angebote realisieren.
- **Gesellschaftlicher Mehrwert:** Freiberufliche Lehrkräfte leisten unverzichtbare Beiträge zur Integration, Fachkräftesicherung, beruflichen Qualifizierung und demokratischen Bildung.

3. Problematische Entwicklung der DRV-Praxis

Die aktuelle Verwaltungspraxis der Deutschen Rentenversicherung führt dazu, dass freiberufliche Lehrtätigkeit mit abhängiger Beschäftigung verwechselt wird. Prüfkriterien werden pauschal angewendet, ohne die Besonderheiten pädagogischer Arbeit zu berücksichtigen. So wird etwa die notwendige organisatorische Abstimmung mit dem Träger als Weisungsgebundenheit gewertet, die Tätigkeit in mehreren aufeinanderfolgenden Kursen als Dauerbeschäftigung interpretiert, und die Nutzung von Unterrichtsräumen oder Lehrmaterialien des Trägers als Indiz für Abhängigkeit angesehen.

Diese Praxis steht im Widerspruch zur gesetzlichen Intention des § 7 SGB IV, der vor Ausbeutung schützen, nicht aber echte Selbstständigkeit verhindern soll.

Das Ergebnis ist eine flächendeckende Verunsicherung von Lehrkräften und Bildungsträgern. Qualifizierte Kursleitungen ziehen sich zurück, neue Lehrkräfte lassen sich kaum gewinnen – mit gravierenden Folgen für Bildungsangebote, Teilnehmende und Kommunen.

4. Folgen für Bildung, Gesellschaft und Kommunen

Die Einschränkung freiberuflicher Arbeit in der Weiterbildung hätte weitreichende negative Folgen:

- Rückgang von Kursangeboten – insbesondere in ländlichen Regionen
- Verlust erfahrener Lehrkräfte und damit Qualitätsminderung
- Erhöhte Kosten für Bildungsträger und Kommunen durch notwendige Festanstellungen
- Einschränkung der Bildungsteilhabe, insbesondere für sozial schwächere Gruppen
- Schwächung der Integrations- und Fachkräftepolitik des Landes Rheinland-Pfalz

Damit steht nicht weniger als das Fundament eines funktionierenden, gerechten und zukunftsorientierten Weiterbildungssystems auf dem Spiel.

5. Forderungen

Der Verband der Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz e.V. und die Kommunalen Spitzenverbände fordern:

1. **Gesetzliche Klarstellung:** Freiberufliche pädagogische Tätigkeiten sind keine abhängige Beschäftigung im Sinne des § 7 SGB IV.
2. **Branchenspezifische Prüfkriterien:** Die DRV muss die Eigenverantwortung und den projektbezogenen Charakter pädagogischer Arbeit anerkennen.
3. **Schutz der Lehr- und Berufsfreiheit:** Verwaltungspraxis und Gesetzgebung müssen Art. 5 und 12 GG Rechnung tragen.
4. **Langfristige Förder- und Vertragsstrukturen:** Öffentliche Förderprogramme sollen sowohl freiberufliche als auch sozial abgesicherte Arbeitsformen ermöglichen.
5. **Dialog und Kooperation:** Bund, Länder, Kommunen und Träger sollen gemeinsam tragfähige Modelle für eine sozial ausgestaltete Freiberuflichkeit entwickeln.
6. **Planungssicherheit für Lehrkräfte und Einrichtungen:** Ausgefallene Stunden, Urlaub und vorbereitende Arbeit müssen fair und transparent vergütet werden.

6. Schlussfolgerung

Freiberufliche Lehrkräfte sind kein Randphänomen, sondern das Rückgrat der Weiterbildung. Ihre Arbeit verbindet Freiheit, Verantwortung und gesellschaftliches Engagement – sie ist Ausdruck einer lebendigen Bildungsdemokratie.

Die derzeitige Praxis der Deutschen Rentenversicherung gefährdet diese Grundlage. Statt Freiberuflichkeit zu bekämpfen, muss diese rechtlich gesichert, sozial ausgestaltet und politisch gestärkt werden. Nur so bleiben Vielfalt, Qualität und Zugänglichkeit der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz und in ganz Deutschland gewährleistet.



Landtagspräsident Hendrik Hering, Verband der Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz e.V.



Bürgermeister Ralph Spiegler, Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz



Landrat Achim Schwickert, Landkreistag Rheinland-Pfalz



Oberbürgermeister Markus Zwick, Städtetag Rheinland-Pfalz